

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	1
Editorial	2
Weihnachten von Lampedusa aus gesehen – Eine Einladung zum Weihnachtsgespräch	3
Hattingen: Besuch aus Palästina im Rathaus	5
Friedensgebet im Rahmen der Weltwoche für Frieden in Palästina und Israel	7
Das Sumud Story House – ein Projekt des Arab Educational Institute	9
Fulda 2013: Wichtiges von der Delegiertenversammlung	11
Unsere Vizepräsidentin wird Bundesvorsitzende	12
Musikblockade am Atomwaffenlager Büchel am 11./12. August 2013	13
Neues Konzept der Stadt Essen zur Unterbringung von Asylbewerbern ohne Ratsmehrheit	17
Deutsche Finanzinstitute investieren insgesamt 7,6 Milliarden Euro in Atomsprengeköpfe und Trägersysteme wie Raketen oder U-Boote. Nummer eins in Deutschland ist die Deutsche Bank.	19
Künftige Koalitionäre finden Rüstungsexporte prima	20
Scharfe Kritik am Rüstungsexportbericht 2012	22
Weitermachen gegen Rüstungsexporte --- Postkarte an Sigmar Gabriel!	23
Buchbesprechung: Jürgen Todenhöfer, Du sollst nicht töten.	24
Diözesanversammlung 2014	26
Termine	26

IMPRESSUM

die_taubе ist das offizielle Mitteilungsorgan der pax christi-Bewegung im Bistum Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi im Bistum Essen, c/o Norbert Richter, Poschfuerhöhe 10, 45276 Essen
Layout: Angelika Böttcher

Bankverbindung (ab 2.1.2014):

IBAN: DE69 3706 0193 6030 614 010

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Aktive in pax christi,

im letzten halben Jahr, seit der letzten Ausgabe unserer Zeitschrift, haben uns zwei Themenbereiche besonders beschäftigt.

Die "Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel" hat auch uns motiviert im Vorfeld der Bundestagswahl die Kandidaten zu Waffenexporten zu befragen und eine deutliche veränderte Rüstungsexportpolitik einzufordern. Jedoch ist das Ergebnis der Koalitionsgespräche eher ernüchternd "Die bisherigen Koalitionsvorschläge zum Rüstungsexport sind kleine kosmetische Korrekturen, aber keine grundlegende Kurskorrektur." So sagt es Jürgen Grässlin, einer der Sprecher der Aktion, nachzulesen in der Pressemitteilung, die wir neben der Einschätzung des aktuellen Rüstungsexportberichtes der Bundesregierung abgedruckt haben.

Einen wichtigen Schwerpunkt war für uns sicherlich der Besuch von acht palästinensischen Frauen Ende September / Anfang Oktober in Essen und Hattingen. Nach intensiver Vorbereitung konnten wir ein Besuchsprogramm anbieten, welches eine gute Balance zwischen Kultur, Spiritualität und politischer Aktualität hatte. In dieser Ausgabe drucken wir die Pressemitteilung der Stadt Hattingen, einen Kurzbericht zum Friedensgebet in der Pax Christi Kirche und einen Bericht zu den Aktivitäten des Arab Educational Institute. Diese Einrichtung ist die Heimat unserer Gäste. Hier treffen sich die Frauen in Gesprächsgruppen und stärken sich gegenseitig. Diesen gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzung nennen sie Sumud = Standhaftigkeit, Beharrlichkeit. Einen ausführlicheren Bericht zum Besuch werden wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

Nun noch eine wichtige Information für unsere Mitglieder und Spender. pax christi im Bistum Essen hat ab 2.1.2014 eine neue Kontonummer:

IBAN: DE69 3706 0193 6030 614 010
BIC: GENODED1PAX

Bitte überweisen Sie ab dem 1. Januar 2014, falls ihre Mitgliedsbeiträge nicht per Lastschriftverfahren abgebucht werden, ausschließlich auf das neue, obengenannte Bankkonto.

Der Vorstand wünscht Ihnen ein besinnliches und nachdenkliches Weihnachtsfest. Der Beitrag der Initiative Aufruf für eine prophetische Kirche mit dem Titel "Weihnachten aus Lampedusa ausgesehen" kann dazu beitragen.

Liebe Grüße

Für den Vorstand
Norbert Richter



Weihnachten von Lampedusa aus gesehen – Eine Einladung zum Weihnachtsgespräch

Die Bilder haben sich im Gedächtnis eingebrannt: die verzweifelten Gesichter von Flüchtlingen, die völlig erschöpft an den Stränden von Lampedusa ankommen und auf die vielen Toten zurückschauen, die es nicht geschafft haben.

Mit den Bildern kommt ein Gefühl von Scham und Ohnmacht. Nichts führt uns dramatischer vor Augen, wie sehr „die Welt aus den Fugen“ ist. Immer mehr Menschen sehen in ihren Heimatländern keine Zukunft mehr für sich und ihre Kinder und suchen verzweifelt einen Ort zum Überleben. Es ist ein Armutszeugnis für die Menschheitsfamilie, dass mitten in der Fülle der Schöpfung Gottes immer mehr Menschen Leib und Leben riskieren müssen auf der Suche nach einer lebenswerten Zukunft an einem fernen, unbekanntem Ort.

Papst Franziskus, Jorge Bergoglio, hatte dafür nur ein Wort: Vergogna! Schande!

Und was ist die Reaktion der politischen Entscheidungsträger? Sie bauen Europa zur Festung aus und diskutieren allenfalls über eine „neue Migrationspolitik“, um die uns wirtschaftlich Nützlichen herein und den Rest draußen vor der Tür sich selbst zu überlassen. Sie meinen, eine Insel der Seligen schaffen zu können und versuchen den eigenen Vorteil zu wahren. Während immer zerstörerischere Wetterereignisse ganze Regionen unbewohnbar machen, besticht die Autoindustrie die Politik, um weiter Treibhausgas spuckende Luxuslimousinen produzieren zu dürfen. Renommierte Großbanken propagieren ethische Verhaltensregeln, nehmen gleichzeitig Bauern im globalen Süden ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage weg und schämen sich nicht, mit Nahrungsmittelspekulation fette Profite auf Kosten der Hungrigen zu machen. Kurzum: Notfalls gehen sie zur Wahrung ihrer Interessen und Vorherrschaft auch über Leichen.

Versuchen wir doch einmal, das Weihnachtsevangelium mit den Augen von Flüchtlingen in Lampedusa zu lesen

Ihre Flucht kann auf die unterschiedlichsten Ursachen zurückgehen – Taifune, die ihre Häuser zerstörten, der Klimawandel, der ihre Maisfelder vertrocknen ließ, ausländische Flotten, die ihre Küstengewässer leer fischten, Investoren, die ihr Land raubten oder Diktatoren, die sie unterdrücken.

Anderen wiederum ist das Trauma des Kindermordes von Bethlehem widerfahren, als Soldaten oder Rebellen in ihr Dorf einfielen, die Männer ermordeten, die Frauen vergewaltigten und Kinder verschleppten. Jetzt sind sie gezwungen, anderswo – und damit auch bei uns – nach neuen (Überlebens-)Perspektiven zu suchen.

Die Geschichte der Herbergssuche von Maria und Josef wird bei uns heute in gefühlvollen Krippenspielen inszeniert. Aber den heute Herbergssuchenden sagen



Aufruf Für eine prophetische Kirche



wir. Wir haben keinen Platz für euch! Und in Lampedusa wird nicht einmal ein Stall zur Verfügung gestellt. Zusammengepfercht in Massengelagern unter freiem Himmel – das ist vielmehr oft ihr Los.

Sie alle sind in ihrer Heimat wie auch auf der Flucht Opfer der Herodesse und Pilatusse unserer Zeit, die als Herrschende und deren Statthalter Menschenleben opfern, um ihre Macht und ihre Privilegien um jeden Preis zu verteidigen.

Und wir Christen in Europa? Wie können wir angesichts dieser von uns mit verursachten Probleme unserer Verantwortung gerecht werden? Welche Lösungen haben wir anzubieten?

Allzu lange haben wir geglaubt, die Länder des Südens mit dem „Export“ unseres Systems der Marktwirtschaft und ein wenig „Entwicklungshilfe“ auf den richtigen Weg bringen und damit alle Probleme lösen zu können.

Nun aber müssen wir feststellen, dass genau dieses System bei uns selbst immer größere Probleme schafft und in den Ländern des Südens die Lebensgrundlagen unwiderruflich zu zerstören droht. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir aufwachen und anfangen, grundsätzlichere Fragen zu stellen. Denn Irgendetwas ist fundamental falsch gelaufen.

Die Anhäufung von ungelösten Krisen ist Anzeichen einer tiefsitzenden Zivilisations-Krankheit. Papst Franziskus erinnert daran in seinem gerade erschienenen Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“: „Die Finanzkrise...lässt uns vergessen, dass an ihrem Ursprung eine tiefe anthropologische Krise steht: die Leugnung des Vorrangs des Menschen! Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32, 1-35) hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel.“

Deshalb brauchen wir eine grundlegende Umkehr. Hier weisen uns die Heiligen Drei Könige den Weg: Nach ihrer Begegnung mit dem Messias suchten sie nach **neuen** Wegen, um in ihre Heimat zurückkehren zu können. Wo sind heute die **neuen** Wege, die allen eine Zukunft und ein Leben in Fülle ermöglichen können?

Eines scheint klar: es braucht „kreative Methoden“ und es gibt keine Alternative zum: Lebt einfach! Haltet Maß! Stoppt den Konsumrausch, die Ressourcenverschwendung, den Wachstumswahn, Empört Euch und mischt Euch politisch ein! – Das können erste Schritte sein.

„Wen bringt uns Weihnachten?“ und nicht „Was bringt uns Weihnachten?“ – so sollten wir das Weihnachtsevangelium lesen und von diesem ausgehend die Augen öffnen für einen neuen Leitstern.

Jesus hat das Reich Gottes mit einer ganz unscheinbaren Solidargemeinschaft angefangen. Wer scharft sich da um die Krippe? Ein paar ungebildete Hirtenbuben und drei monarchische Ausländer. Das war der Anfang einer neuen Weltordnung. Möge dieser Blick auf Weihnachten – von Lampedusa aus gesehen – unsere Kirchen künftig an ihre und unser aller prophetische Mission erinnern und Inspiration für ein entschiedeneres Handeln sein.

Wolfgang Schonecke MAfr, Annette Funke, Martin Gück und Boniface Mabanza

Das Presse- und Informationsbüro der Stadt Hattingen hat nachfolgende Pressemitteilung zum Besuch der Frauengruppe aus Bethlehem veröffentlicht.

Dienstag 8. Oktober 2013 | 18:16

Hattingen: Besuch aus Palästina im Rathaus

Pressemeldung vom 8. Oktober 2013, 17:54 Uhr

Hattingen/Ruhr. Acht Frauen aus Palästina, ihre Gastgeber aus der Region und die Bürgermeisterin unterhielten sich kürzlich im Rathaus zu Hattingen über große Politik, Menschlichkeit und die Wichtigkeit unmittelbarer menschlicher Begegnung.

Die acht Frauen vom Arab Educational Institute in Bethlehem sind Gäste von pax christi Deutsche Sektion, einer katholischen Friedensorganisation. Im Rahmen der Kooperation dieser beiden Institutionen werden regelmäßig Begegnungsreisen nach Palästina beziehungsweise Deutschland organisiert. Auf ihrer aktuellen Reise möchten die Frauen von ihren Projekten im besetzten Palästina berichten und das Leben in Deutschland etwas kennenlernen. Ein weiteres Anliegen ist es, ihren Gesprächspartner ein anderes, erweitertes Bild von Palästina zu vermitteln.

“Unser Hauptprojekt ist die “The Wall at Rachel’s Tomb” – hier erzählen Palästinenserinnen von ihren Träumen und Wünschen auf riesigen Postern, die sie an die Trennungsmauer kleben. Das ist unsere Art gegen die bis zu 18 Meter hohe Mauer zu protestieren, die uns von unseren Verwandten trennt. Die Nähe zum “Grab von Rachel”, das von vielen Touristen besucht wird, sichert uns gute Beachtung. Diese Arbeit ist auch wichtig, um nicht den Mut und die Hoffnung zu verlieren, dass ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit möglich ist!”, so Rania Murra, eine der Sprecherinnen der Frauengruppe.

Angelika Schlösser und Gabriele Wulfers, zwei Gastgeberinnen aus Hattingen schildern ihre Eindrücke von ihren Besuchen in Palästina. “Wenn man die Diskriminierung dort erlebt und die Gewalt der Besatzer, kann kaum verstehen, dass es dort nicht viel mehr Gewalt und Auflehnung gibt. Die Situation ist schlimm und es ist wichtig, dass die Menschen bei uns beide Seiten sehen und ihren Einfluss geltend machen!”, erklärt Gabriele Wulfers.

Angelika Schlösser zum Besuchsprogramm: “Die Liste unserer Reiseziele umfasst verschiedene Bereiche: Erholung, Entspannung und Erfahrungen von Natur, die es so in Palästina nicht gibt: Spaziergang entlang des Rheins und Schiffrundfahrt in Köln, Besuch des Duisburger Zoos. Besuch des Kölner Doms und der Kölner Innenstadt, Gespräch mit dem Essener Weihbischof Ludger Schepers, der Hattinger Bürgermeisterin Dr. Dagmar Goch, Begegnung mit pax christi Bistum Essen, der Hattinger Heilig-Geist-Gemeinde und ein Besuch beim HAZ. Das Arab Educational Institute ist eine Nichtregierungsorganisation in Bethlehem, gegründet 1986. In seiner Arbeit mit Frauen, Jugendlichen und Erziehern ermöglicht das Arab Educational Institute die Partizipation am öffentlichen Leben in Frieden und Gerechtigkeit und den Aufbau einer freien demokratischen und kulturell pluralen palästinensischen Gesellschaft. Dies geschieht durch Angebote verschiedener Art, zum Beispiel Sprachkurse vor allem in Englisch und Französisch, durch Günzburg sowie Videoinstallationen, Comics oder Theaterworkshops oder durch Computerkurse.

*Quelle:
Hattingen – Presse- und Informationsbüro*



Besuch der AEI Frauengruppe bei Weihbischof Schepers



Begegnung mit der Hattinger kfd-Gruppe

Friedensgebet im Rahmen der Weltwoche für Frieden in Palästina und Israel

Es ist sicherlich ein besonderer Gottesdienst, wenn deutsche und palästinensische Christen in deutscher, arabischer und englischer Sprache für den Frieden in Palästina und Israel beten. Während des Besuches der Frauengruppe aus Bethlehem fand dieser Gottesdienst in der Pax Christi Kirche in Essen statt. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat seine Mitgliedskirchen aufgefordert, in dieser Woche für einen gerechten Frieden im Nahen Osten zu beten. Es war sehr bewegend mit Menschen aus der Region gemeinsam diesen Gottesdienst zu feiern. Neben deutschen Kirchenliedern erklangen arabischen Rhythmen, vorgetragen von unseren Besucherinnen in traditionellen palästinensischen Kleidern. Im Anschluss berichteten die Besucherinnen über ihre Situation in Palästina und über ihre Arbeit im Sumud Story House (siehe Seite 9).

Norbert Richter

Die Gebetswoche wurde überschrieben mit „Jerusalem, die Stadt für Gerechtigkeit und Frieden“. Mit dem nachfolgenden Gebet wurde diesem Wunsch und dieser Hoffnung Ausdruck verliehen.

Allmächtiger Gott, Dank sei Dir für Dein Wort, das in Jesus Christus Fleisch geworden ist, und für die Aufforderung zu Einheit, Gerechtigkeit und Versöhnung zwischen allen Menschen, die Du uns im Ersten und im Zweiten Testament ansagst.

Wir legen den Schwerpunkt dieses Jahres auf Jerusalem und seine Kinder.

Wir, die Kirchen in Jerusalem bitten, dass Gottes Wort ein prophetisches sei, welches Gottes Stimme in die Gegenwart und in die Zukunft trägt. Alles, was in unserem Lande geschieht, alle Menschen, die hier leben, ihre Schmerzen und ihre Hoffnungen, alle Ungerechtigkeit und alle Bemühungen, diese Ungerechtigkeit zu beenden, sind Teil des Gebets unserer Kirche und ihr Dienst durch alle ihre Einrichtungen. Wir beten, dass unsere Kirche ihre Stimme erheben möge gegen Unterdrückung, und arbeiten möge für Gerechtigkeit, Gewaltlosigkeit und Versöhnung.

Wir, die Kirchen in Jerusalem bitten um den Mut, das Wort Gottes aufrichtig und in Liebe in den lokalen Kontext und in die Mitte der täglichen Ereignisse zu sprechen. Wenn die Kirche parteiisch ist, dann mit den Unterdrückten, um an ihrer Seite zu stehen, wie unser Herr Jesus Christus an der Seite jedes Armen und jedes Sünders gestanden ist; er hat sie zur Reue und zum Leben gerufen. Er hat ihre von Gott verliehene Würde wieder hergestellt: Niemand hat das Recht, ihnen diese weg zu nehmen. Gott nimmt nicht Partei für den einen gegen den anderen, und er spielt den einen nicht aus gegen den anderen. Gott ist der Gott aller und liebt alle, fordert Gerechtigkeit von allen und gibt an uns alle das gleiche Gebot aus: Liebet einander!

Wir, die Kirchen in Jerusalem bitten um Hoffnung, wo Hoffnungslosigkeit regiert. Wir hoffen auf eine friedliche Lösung des Konflikts, der Menschen auseinander treibt. In einer Zeit, in der Versöhnung nicht länger möglich zu sein scheint und wenige an eine Zwei-Staaten-Lösung glauben, beten wir, dass Du alle Menschen guten Glaubens

inspirieren wirst, einen Schritt in Solidarität mit Deinen leidenden Kindern im Heiligen Land zu tun.

Wir, die Kirchen in Jerusalem, glauben an Dich, unseren Lehrer, und bestehen durch das Verbindende, das Du zwischen uns und unseren Brüdern und Schwestern geschaffen hast. Wir dürsten nach Gerechtigkeit, O Gott, denn wir wissen, es wird kein Friede sein, ehe gleiches Maß für alle Menschen gilt und ehe die Kräfte des Bösen überwunden sind durch Dein Gebot der Liebe, des Respekts und der Ehre. Gott, segne uns mit Deiner Liebe, um unseren Glauben und unsere Aktionen auf ein universelles und heiliges Jerusalem für alle zu richten. Wir bitten in Jesu Namen, Amen.



Führung durch die Pax Christi Kirche

Das Sumud Story House – ein Projekt des Arab Educational Institute

Wie in anderen Regionen, die durch Konflikte und mangelnde wirtschaftliche Entwicklung geprägt sind, sind es auch in Palästina die Frauen, die am meisten unter den Problemen leiden: der Besatzung, der Arbeitslosigkeit der Männer, der mangelnden Schulbildung, traditionellen Rollenbildern, der Enge der kleinen, in sich abgeschlossenen Gemeinschaften. Wie sich diese Lebensbedingungen auf das Schicksal der Frauen auswirken, erzählen sie in sehr persönlichen Geschichten. Diese ermöglichen den Zuhörern einen Einblick in ihre Lebenswirklichkeit und fördern gleichzeitig den bewussten Umgang mit den Problemen, den Austausch und das gemeinsame Suchen nach Auswegen. So leistet das Sumud Story House einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung der palästinensischen Frauen.

Hier einige Beispiele:

Heimlich zur Schule gehen

Ich heiße Ahlam und komme aus Al-Khader. Ich bin jetzt 42 Jahre alt. Als ich in der vierten Klasse war, zwang mein Vater mich die Schule zu verlassen, während meine Brüder weiter zum Unterricht gehen durften. Er tat dies aus Furcht davor, dass die Besatzungsarmee mich auf dem Schulweg belästigen würde. Ich versuchte ihn davon zu überzeugen, dass ich meine Ausbildung fortsetzen wollte, aber ohne Erfolg. Ich wandte mich an meinen Onkel, damit dieser meinen Vater überzeuge. Aber im Gegenteil, er ermutigte ihn und sagte, dass es die beste Lösung sei mich von der Schule zu nehmen um die Belästigung durch die israelische Besatzungsarmee zu vermeiden. Meine Mutter hatte keine Möglichkeit meinen Vater zu beeinflussen.

Mein Vater war Landwirt und ging normalerweise früh auf die Felder. Ich war besorgt und dachte über einen Weg nach, dennoch zur Schule zu gehen. Trotz des starken Widerstands meiner Familie beschloss ich zur Schule zu gehen. Ich zog früh am Morgen meine Kleidung an, versteckte meine Schultasche in einer Plastiktüte und ging zur Schule. Ich musste von dort aber vorzeitig

aufbrechen um vor der Rückkehr meines Vaters zu Hause zu sein. Leider entdeckte er mein Verlassen des Hauses nach zwei Wochen, und er verprügelte mich und zwang mich im Haus zu bleiben. An diesem Tag verlor ich den Traum meine Ausbildung beenden zu können.

Das Gerede der Leute ignorieren

Eine Frau aus Bethlehem erzählte die Geschichte ihrer Tochter: „Ich möchte euch erzählen, was meiner Tochter passierte, nachdem sie ihren Schulabschluss erreicht hatte. Sie bewarb sich an einer europäischen Universität für ein Studium in Erziehungswissenschaften und erhielt eine Zusage. Wir als ihre Familie ermutigten sie sehr, erfuhren aber viel Klagen und Einwände von den Leuten um uns herum. Einer der Einwände: Wie könnt ihr eurer Tochter erlauben allein in Europa zu leben und zu studieren, wo es keine Sicherheit gibt – seid ihr verrückt? Trotz des Drucks reiste meine Tochter nach Europa und studierte dort. Im zweiten Jahr hielt ein Mann von hier um ihre Hand an, aber sie lehnte ab und bestand darauf, ihr Studium abzuschließen. Wir hörten einfach auf das Gerede der Leute zu beachten; Meine Tochter hat jetzt ihren Abschluss und ist sehr glücklich.“

Der Vater beansprucht den ganzen Verdienst

Ein Mädchen aus Al-Khader: Wir sind 13 Töchter eines arbeitslosen Vaters. Er beraubt uns nicht nur unseres Rechts an einer Schule oder Universität zu lernen, sondern er zwingt auch vier von uns als Haushaltshilfen zu arbeiten und ihm das gesamte Geld, das wir verdienen, zu geben. Wir haben überhaupt kein Geld...

Gesundheit und Armut

Amal, 47 Jahre, aus Artas: Ich habe keinen Schulabschluss, weil meine Großmutter meinen Vater davon überzeugte, mich nicht

an der AL-Khader Schule anzumelden. Sie dachte es sei für Mädchen unnötig ihre Ausbildung abzuschließen. So heiratete ich sehr früh. Damals hörte mein Vater überhaupt nicht darauf, was meine Mutter sagte, da sie seiner Meinung nach nicht berechtigt war zu irgendeinem Thema zu sprechen. Zu Beginn der Ehe war ich nicht glücklich und hatte viele Probleme mit der Familie meines Mannes. Nach der Geburt meines ersten Kindes verlor ich viele Zähne. Ich konnte sie nicht richten lassen, weil die Behandlung zu teuer war. Ich arbeitete als Haushaltshilfe um für die Grundbedürfnisse meiner Familie zu sorgen.

Außerdem habe ich eine Tochter, die geistig behindert ist. Sie ist jetzt 20 Jahre alt. Seit ihrer Kindheit konnte ich es mir nicht leisten sie auf eine Privatschule zu schicken. Unter solchen Probleme, für die es keine Lösung gibt, leidet meine Gesundheit sehr.

(Originaltexte in Englisch unter:
www.aeicenter.org - eigene Übersetzung)

Gabriele Wulfers



Die Geschichten als Museum auf der Mauer

Fulda 2013: Wichtiges von der Delegiertenversammlung

Tagesordnung und Programm ließen im Vorfeld darauf schließen, dass es dieses Mal eine eher ruhige DV werden könnte, und so war es dann auch:

Die **Berichte** des Präsidenten, des Präsidiums, der Generalsekretärin und die Darstellung der Arbeit der Kommissionen wurden mit Respekt zur Kenntnis genommen; nur die im letzten Jahr neu eingesetzte Kommission „Friedensbildung in Schulen“ musste sich berechtigten kritischen Anfragen stellen: Es lag kein Bericht vor, auch fehlten Protokolle der Sitzungen.

Nicht alle **Anträge** konnten diskutiert und zur Abstimmung gebracht werden. Beschlossen wurden die Einrichtung einer Zukunfts-AG zur „Konzeptentwicklung für die Zukunftsfähigkeit der Bewegung“, die Einsetzung einer neuen Kommission „Rüstungsexport“ zur Fortführung der in der *Aktion Aufschrei* geleisteten Arbeit und ein Initiativantrag zur Lage in Syrien. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage nach einer Ergänzung des neuen Logos durch ein Symbol (Olivenzweig): Die DV erteilte dem Präsidium den Auftrag dieses einzubauen. Breiten Raum nahmen die Erläuterung und Diskussion der neuen Satzung und Geschäftsordnung ein.

Der Samstagabend stand ganz im Zeichen der **Aktion Aufschrei**: Zum Abschluss der Kampagne wurden die vielfältigen Aktivitäten der einzelnen Bistumsstellen präsentiert und die Hauptakteure gefeiert. Eine beeindruckende Zahl: Wenn man alle Aktivitäten addiert und in Bezug setzt zum Zeitraum von etwa 2,5 Jahren, ergibt sich, dass jeden zweiten Tag irgendwo in Deutschland eine Veranstaltung durchgeführt wurde.

Die gesammelten Unterschriften (ca. 90.000) werden am 26.2.2014 der (dann hoffentlich im Amt befindlichen) neuen Regierung überreicht. Bis dahin kann noch gesammelt werden: Vielleicht schaffen wir die 100.000!

Einen **inhaltlichen Beitrag** leistete Andreas Zumach. In seiner bekannt klaren und eindrücklichen Art referierte er zur Situation in Syrien: „Vom arabischen Frühling in den islamistischen Winter?“ Er erinnerte an die Mitverantwortung der westlichen Mächte an der desolaten Menschenrechtslage zu Beginn der Aufstände (durch vielfältige Unterstützung der Diktaturen in der gesamten Region) und an den friedlichen Beginn, der erstaunlich lange gewaltfrei blieb: vom 15. März 2011 bis in den Oktober hinein, als sich die freie syrische Armee bildete, die zunächst auch eher defensiv agierte. Die Weltöffentlichkeit hat diese Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Detailliert erläuterte Andreas Zumach dann die Eskalationsstufen und die Gründe für das Scheitern aller Vermittlungsversuche. Diese liegen auch darin, dass der zunächst interne Konflikt sich bald zu einem Stellvertreterkrieg entwickelte. Als einzige Option zur Beendigung der Gewalt sieht Zumach die für Ende November geplante „Friedens“konferenz, an der alle Akteure beteiligt sein müssen, auch der Iran und Vertreter des Assad-Regimes. Hier sollte die deutsche Regierung ihren Einfluss geltend machen. Als dringend notwendige Sofortmaßnahmen benannte er die Aufnahme einer weitaus größeren Zahl von Flüchtlingen als die bisher genannten 5000 und die finanzielle Unterstützung der anerkannten internationalen Organisationen.

Gabriele Wulfers

Unsere Vizepräsidentin wird Bundesvorsitzende

Dies ist ein Ergebnis der neuen Satzung, die auf der Delegiertenversammlung Ende Oktober in Fulda, mit großer Mehrheit verabschiedet wurde. Die Bezeichnungen der Organe wurden an die üblichen Bezeichnungen des Vereins- und Verbändewesen angepasst.

Im Einzelnen:

- Präsident bleibt Präsident
- Vizepräsidentin wird Bundesvorsitzende
- Vizepräsident wird Bundesvorsitzender
- Präsidium wird Bundesvorstand
- Bistumsstellenvorstand wird Diözesan- bzw. Regionalvorstand

Diese Anpassung ist aber nicht der Hauptgrund für die Verabschiedung einer neuen Satzung. Das Finanzamt hat die Gemeinnützigkeit von pax christi in Frage gestellt, da die jetzige Konstellation, die Aufspaltung der pax christi Bewegung als nicht eingetragenen Verein einerseits und einen e.V. als Rechtsträger nicht mehr akzeptiert wird. Damit pax christi auch weiterhin als gemeinnützig anerkannt wird, ist die pax christi Bewegung in das Vereinsregister, mit einer eigenen Satzung, einzutragen. So wird man den Anforderungen des Finanzamtes gerecht und die Satzung wird zusätzlich an die aktuelle Situation angepasst.

Neben den Änderungen der Bezeichnungen der Organe wurden noch weitere wichtige Anpassungen vorgenommen.

Die Kommissionen werden deutlich aufgewertet. Sie werden als Kommission auf Dauer eingesetzt, es werden vier bis acht Mitglieder von der Delegiertenversammlung gewählt, sie erhalten für zwei Kommissionsmitglieder auf der Delegiertenversammlung Stimmrecht. Durch den Organstatus können Kommissionen, wie bisher, in ihrem Namen öffentliche Stellungnahmen, soweit diese ihrem Arbeitsauftrag entsprechen, abgeben.

Daneben kann die Delegiertenversammlung zukünftig sog. Arbeitsgruppen zur Erfüllung besonderer Aufgaben zeitlich befristet einsetzen, die ausschließlich der Delegiertenversammlung bzw. dem Bundesvorstand zuarbeiten.

Norbert Richter

Musikblockade am Atomwaffenlager Büchel am 11./12. August 2013

„Wir rufen auf, zur Sitzblockade an den Toren des Atomwaffenstandortes in Büchel zu kommen. Warum? Es gibt seit Jahren einen kompletten Stillstand der atomaren Abrüstung. Wir sitzen jedoch weltweit noch auf fast 20.000 Atomwaffen mit genügend Sprengkraft, um unseren Planeten 20 Mal zu vernichten. Auch in Deutschland gibt es einen letzten verbliebenen Stationierungsort. In Büchel in der Eifel lagern geschätzte 20 US-Atombomben. In einem parteiübergreifenden Beschluss des Bundestags vom 26. März 2010 wird die Absicht der Bundesregierung bekräftigt, den Abzug dieser Atombomben aktiv zu verfolgen. Stattdessen wird nun die Betriebsdauer der Bomben sogar verlängert. Zu diesem Zweck sollen sie laut Beschluss der NATO vom Mai 2012 modernisiert werden. Für uns steht Büchel symbolisch und praktisch für die gescheiterte Politik, die den mehrheitlichen Wunsch der Menschen nach einer atomwaffenfreien Welt missachtet.“

Mit diesen Sätzen beginnt der Aufruf der Kampagne **„atomwaffenfrei. –→ jetzt!“** mit dem sie zur Sitzblockade vor den Toren des Atomwaffenstandortes Büchel aufgerufen hatte. Weiter heißt es dort:

...Die Mittel in Milliardenhöhe [die für die Modernisierung der Atomwaffen ausgegeben werden] werden dringend benötigt, um ... den weltweiten Hunger zu beseitigen, die globale Klimaerwärmung einzudämmen oder eine stabile Gesundheits- und Bildungspolitik zu finanzieren. Wir, die heute Lebenden, tragen Verantwortung für die nächsten Generationen ... Ein neues Denken über die Bedeutung von „Sicherheit“ für Menschen ist dringend notwendig. Nukleare Abschreckung bedeutet Machtpolitik statt Völkerrecht; sie hat katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt und birgt in sich die Gefahr der globalen Zerstörung. Darüber hinaus fördert die Atomwaffenindustrie weiterhin Verseuchung durch Uranabbau und hochradioaktiven Sondermüll mit Halbwertszeiten von zum Teil mehr als 28.000 Jahren...“

Der Aufruf endet:

„Wir rufen zur Blockade am letzten deutschen Atomwaffenstandort in Büchel auf. Diese wird nicht nur eine einfache Sitzblockade sein, sondern wir wollen kurz vor der Bundestagswahl ein soundstarkes Zeichen für die Abrüstung setzen, indem Gruppen und einzelne Menschen Musik machen, singen, sprechen oder schweigen für eine atomwaffenfreie Welt. ... So setzen wir unsere eigenen „Abrüstungsinstrumente“ ein

und machen die Tore vom Atomwaffenstandort Büchel musikalisch dicht.“

Unterzeichnung des Aufrufes

Viele Organisationen und Einzelpersonen haben den Aufruf unterzeichnet und so ihre Unterstützung und Zustimmung bekundet. Auch ich habe den Aufruf unterzeichnet, weil diese kreative Blockade der Tore des Fliegerhorstes Büchel für mich ein deutliches Zeichen gegen den Tod und für das Leben ist.

Vorbereitung der Blockierung

Im Vorfeld und als Vorbereitung auf die Blockierung fanden verschiedene Aktionen statt. So eine Fastenaktion in Berlin vor dem Bundeskanzleramt, deren Fortsetzung am Atomwaffenlager Büchel und Trainings in gewaltfreier Aktion. Ferner riefen die Veranstalter dazu auf, keine körperliche Gewalt gegen Personen anzuwenden oder anzuwenden. Niemand solle beschimpft oder verhöhnt werden. Dem Gegenüber wie PolizistInnen, SoldatInnen und GegnerInnen der Aktionen solle Achtung entgegengebracht werden.

Musikalische Blockierung des Luftwaffenstützpunktes Büchel

Am 11. und 12. August fanden dann die 24-stündige Musikblockade und die Happenings an den Zufahrtstoren des „Fliegerhorstes Büchel“ statt. Eine beachtliche Teilnehmerzahl war schon in den Vortagen angereist, hatte in den aufgestellten Zelten campiert, an der Fastenaktion teilgenommen und sich durch Trainings in gewaltfreies Agieren eingeübt. Am Sonntagmorgen



Auftakt vor dem Haupttor

reisten dann noch diejenigen an, die sich nur an der Sonntagsblockade der Tore beteiligen wollten. Insgesamt wurden etwa 750 Teilnehmer gezählt.

In Büchel war ich mit Matthias Wagner verabredet, der aus Lüdenscheid mit dem Dortmunder Bus angereist war. Zusammen mit Friedensfreunden der DFG-VK bin ich aus Essen mit dem PKW gefahren; irgendwie hatte es nicht geklappt, einen Bus zu organisieren, der über Essen fährt. Kurz vor 12.00 Uhr erlebten wir dann den beeindruckenden Auftakt zur Musik-Blockade bei herrlichem Wetter mit Wortbeträgen, aber vor allem mit Gesang und Musik der Gruppe Lebenslaute. Am Kundgebungsplatz sprach im Laufe des Tages Claudia Roth, die damalige Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, die meinte: "Obama will ja die atomare Abrüstung, dann fangen wir doch in Büchel an". Überwältigt von den Blockierern zeigte sich die Schauspieler

Barbara Rütting. "Wir sind noch da, die Friedensbewegung ist noch da", freute sich die 85-Jährige, die vor 30 Jahren bereits in Mutlangen bei der sogenannten Prominentenblockade den dortigen Atomwaffen-Stationierungsort blockierte. Und sie machte den Anwesenden Mut: "So lange ich noch atmen kann, werde ich weitermachen." Dr. Elke Koller, von der örtlichen Friedensgruppe, betonte, dass es höchste Zeit sei, diese Atomwaffen in Büchel endlich abzuziehen, statt sie zu modernisieren. Sie erinnerte die Bundesregierung daran, dass ihr diesbezügliches Versprechen in der Koalitionsvereinbarung noch nicht umgesetzt wurde.

Am frühen Nachmittag waren wir dann aufgerufen, uns zur Blockade zu einem der fünf Tore zu begeben. Jedes Tor hatte einen besonderen Schwerpunkt.

HAUPTTOR = Rhythm beats Bombs - Performance und Abtanzen

LUTZERATHER-TOR = LEBENSLAUTE

- TOR 1** = Frauenwiderstand plus Trommeln
- TOR 2** = Interreligiöser Dialog: Frieden für eine atomwaffenfreie Welt
- TOR 3** = Bombenrisiko Atomkraft
- TOR 5 & 6** = Bikes beats Bombs

Matthias und ich machten uns auf zu Tor 2. Hier versammelten sich im Laufe des Nachmittags immer mehr Menschen, die dieses Tor blockierten. Ein Zelt war aufgebaut, in dem eine Ausstellung gezeigt wurde. Emsig wurde an den Vorbereitungen für den Nachmittag gearbeitet. Zuerst spielte eine japanische Trommler-Gruppe buddhistische Meditations-Rhythmen, dann folgte ein Friedensgebet einer buddhistischen Gruppe, zu dem alle eingeladen waren. Den Abschluss der Gebete bildete ein ökumenisches Friedensgebet. Es gab keinerlei Probleme mit der Bundeswehr oder der Polizei. Das sich Niederlassen vor Tor 2 war friedlich und ungestört. Ein Polizeisprecher sprach von einem "sehr friedlichen Verlauf". Mehr als ein Dutzend Musikgruppen nahmen an der Blockade der sieben Tore des Fliegerhorstes teil.

Massen-Selbstanzeige in Koblenz

Zwei Monate nach dieser Blockade haben sich mehr als 30 Unterzeichner des Aufrufes, zu denen auch ich gehöre, selbst bei der Staatsanwaltschaft in Koblenz angezeigt, um sich mit Hermann Theisen zu solidarisieren und dagegen zu protestieren, dass gegen ihn ein Strafbefehl erlassen wurde. Hermann Theisen soll für etwas bestraft werden, was vor 25 Jahren mit einem Freispruch endete. Mit unserer Solidarisierung wollen wir erreichen, dass das Verfahren gegen Hermann Theisen eingestellt wird.

Hermann Theisen aus Heidelberg soll eine Strafe von 600 Euro (30 Tagessätze zu 20 Euro) zahlen wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (Nötigung). Er hat ein eigenes Flugblatt mit einem Aufruf zur Blockade verfasst, der leicht vom Blockadeaufruf der Kampagne "atomwaffenfrei.jetzt" abweicht. Exemplare davon hat er vor dem Fliegerhorst und vor dem Hauptbahnhof Koblenz verteilt. Hermann Theisen hat gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt, so dass es zu einer Verhandlung im Amtsgericht Koblenz kommen wird, wenn das Verfahren nicht vorher eingestellt wird.



Buddhistisches Friedensgebet am Tor 2

Hermann Theisen ist in diesem Jahr auch bereits vom Landgericht München zu einer Geldstrafe von 65 Tagessätzen von je 40 Euro verurteilt worden, weil er an Mitarbeiter der Rüstungsfirma Krauss-Maffei Wegmann Flugblätter verteilt hatte: "Streuen Sie Sand in das Getriebe, verzögern und verhindern Sie die auf den Waffendeal ausgerichteten betrieblichen Prozessabläufe." Das Gericht sah darin den Aufruf zu Straftaten. Zu dieser Zeit hatte die Lieferung von Leopard 2-Panzern an Saudi-Arabien im Raum gestanden.



Mehr zur Blockade und zu dem/den Verfahren vor dem Amtsgericht Koblenz unter: <http://www.atomwaffenfrei.de/aktivwerden/buechel.html>

Ökumenisches Friedensgebet am Tor 2

Alfred Keienburg



Matthias Wagner hält unsere Fahne hoch

Neues Konzept der Stadt Essen zur Unterbringung von Asylbewerbern ohne Ratsmehrheit

pax christi unterstützt ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen im Kampf gegen den Versuch der Verwaltung, den Aufenthalt und die Unterbringung für Asylsuchende in Essen erheblich zu verschlechtern.

Es war Anfang Juli dieses Jahres als mich die Vorsitzende von ProAsyl Essen, Frau Richter, anrief und mir schilderte, dass die Sozialverwaltung der Stadt Essen eine Verwaltungs-vorlage (0892-2013-5 vom 2.7.2013) entwickelt und auf den Weg gebracht habe, die massiv die Bedingungen für den Aufenthalt und die Unterbringung der Asylsuchenden in Essen verschlechtern würde. Nach Studium dieses mehr als 20 Seiten umfassenden Werkes konnte ich mich der Beurteilung durch ProAsyl nur anschließen. Im Vorstand haben wir dann beschlossen, ProAsyl im Kampf gegen dieses Vorhaben der Sozialverwaltung zu unterstützen.

Wir haben den Oberbürgermeister der Stadt Essen, den zuständigen Beigeordneten und alle Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit angeschrieben und darum gebeten, bei der anstehenden Ausschuss-Sitzung gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung zu stimmen. Ferner haben wir den Vorsitzenden des Diözesancaritasverbandes im Bistum Essen, Herrn Dr. Thönnies, und die Vorsitzenden des Katholikenrates und der Stadtkonferenz, Herrn Dr. Cleve und Herrn Norpoth, angeschrieben und um Unterstützung für eine menschenwürdige Politik gebeten.

Gegenüber dem Sozialausschuss haben wir vor allem folgende Gründe genannt, die gegen das Konzept sprechen:

- Die meisten Maßnahmen des Unterbringungskonzeptes dienen in erster Linie der Abschreckung von Asylsuchenden aus Mazedonien und Serbien, Roma-Flüchtlingen aus Ex-Jugoslawien, die Jahr für Jahr während der Wintermonate Schutz bei uns suchen, um die kalte Jahreszeit zu überstehen.
- Die Verdrängung der Geldleistungen durch Sachleistungen ist inhuman, verstößt gegen den Beschluss des Rates der Stadt Essen aus 2010, den Gepflogenheiten in vielen deutschen Kommunen und gegen die Forderungen der beiden großen christlichen Kirchen.

- Die Verpflegung durch einen Kantinenbetrieb ist in erster Linie Bevormundung und Entmündigung der Asylbewerber. Nicht das eigene Mahl zubereiten zu dürfen und nicht essen zu können, wann und wie es der eigene Biorhythmus verlangt, ist ungesund und teuer obendrein.
- Die Standortwahl der Erstunterbringungseinrichtung (Worringstraße in Burgaltendorf) wird zu einer gravierenden Verschlechterung bei der Versorgung und Unterbringung der Asylbewerber führen. Ein normales Wohnumfeld ist dort praktisch nicht vorhanden. Auch Schulen, Ärzte und Geschäfte sind zu Fuß kaum erreichbar.
- Die geplanten Sicherheitsmaßnahmen durch einen externen Sicherheitsdienst „rund um die Uhr“ sind eher kontraproduktiv. Zu befürchten ist, dass hierdurch vorhandene Vorurteile der Bevölkerung verstärkt werden, von den zusätzlichen Kosten ganz zu schweigen.
- Die Kosten-/Nutzenrechnung ist spekulativ und riskant. Pro Jahr entstehen sicher mehr als 800.000 EUR an zusätzlichen Kosten. Dagegen wird pro ausbleibendem Asylbewerber pro Jahr mit 8.500 EUR Kostenersparnis gerechnet. Ab ca. 100 ausbleibenden Asylbewerbern wären die zusätzlichen Kosten gedeckt. Die Annahme im Konzept, dass ca. 150 Asylbewerber abgeschreckt werden können und somit insgesamt ca. 465.000 EUR eingespart werden, ist nicht nur eine gewagte Spekulation, sondern unwürdig.

Am Tag der Ausschuss-Sitzung, dem 16.07.2013, haben wir vor Beginn der Sitzung ProAsyl Essen bei einer Demo auf der Kettwiger Str. zusammen mit anderen Organisationen unterstützt und dort auch deutlich durch Sandwiches und einen Redebeitrag unsere Meinung gesagt. Die danach im Rathaus folgende Ausschuss-Sitzung war schnell zu Ende und wurde auf den 17.09.2013 verschoben, weil die SPD-Fraktion noch erheblichen Beratungsbedarf angemeldet hatte.

Bis zur Sitzung des Ausschusses am 17.09. haben dann Vertreter von ProAsyl durch viele Gespräche mit Ausschuss-Mitgliedern erreicht, dass auch die zuvor versteckten, überlesenen oder nicht direkt erkennbaren Unmenschlichkeiten des Konzeptes deutlich wurden. Die Sitzung des Ausschusses am 17.09. endete damit, dass die Beratung des Antrages und die Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Essen am 25.09. erfolgen sollte. Der Rat der Stadt Essen hat dann am 25.09. das neue Konzept abgelehnt. Details können nachgelesen werden beim Ratsinformationssystem der Stadt Essen (RIS) unter:

<http://ris.essen.de/index.do;jsessionid=9311190FA9182DEE4D3837484830DE79>

Alfred Keienburg

Deutsche Finanzinstitute investieren insgesamt 7,6 Milliarden Euro in Atomsprengköpfe und Trägersysteme wie Raketen oder U-Boote. Nummer eins in Deutschland ist die Deutsche Bank.

Acht deutsche Finanzinstitute sind einer Untersuchung zufolge an der Finanzierung von Atomwaffen beteiligt. Unter anderem die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Allianz gewährten Kredite und investierten in Aktien und Anleihen von Unternehmen, die Atomsprengköpfe und Trägersysteme wie Raketen oder U-Boote herstellen, teilte die Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) am Donnerstag mit.

Laut der Studie „Don't Bank on the Bomb“ der Friedensgruppe IKV Pax Christi unterhielten zwischen 2010 und 2012 weltweit 298 Finanzdienstleister aus 30 Ländern Geschäftsbeziehungen zu Atomwaffen-Herstellern - in einer Größenordnung von insgesamt 235 Milliarden Euro. In Deutschland steckten demnach acht Finanzinstitute insgesamt 7,6 Milliarden Euro in die Atomwaffen-Industrie. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland damit nach den USA, Großbritannien und Frankreich Platz vier ein.

Nummer eins in Deutschland ist dem Bericht zufolge die Deutsche Bank: Sie unterhalte Geschäftsbeziehungen zu Atomwaffen-Herstellern in einer Größenordnung von rund 3,6 Milliarden Euro, heißt es in der Studie. Auf Platz zwei landet die Commerzbank mit 1,8 Milliarden Euro, gefolgt von der Allianz mit 1,1 Milliarden Euro. Die stärksten finanziellen Verflechtungen der deutschen Finanzinstitute bestehen dem Bericht zufolge zum deutschen Konzern ThyssenKrupp, zum US-Unternehmen Northrop Grumman und zum europäischen Rüstungskonzern EADS, an dem auch der deutsche Staat beteiligt ist.

Die deutsche Zusammenfassung der Studie „Don't Bank On The Bomb“ finden Sie unter:

http://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2013/10/Germany-Dont-Bank-on-the-Bomb_FacingFinance.pdf

Die vollständige Studie können Sie hier herunterladen:

<http://www.dontbankonthebomb.com/wp-content/uploads/2013/10/DBOTB2013-FINAL.pdf>

(afp)

Künftige Koalitionäre finden Rüstungsexporte prima Mehr Transparenz, aber nicht weniger Exporte geplant

„Rüstungsexporte sind prima und deshalb bewerben wir sie jetzt schneller in der Öffentlichkeit. Etwas mehr Transparenz schaffen, aber nicht weniger Rüstung exportieren: Das ist der Kern des jetzt bekannt gewordenen Textes zu Rüstungsexporten, auf den sich Steinmeier und de Maizière für den Koalitionsvertrag geeinigt haben“, kommentiert Christine Hoffmann, die pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ in Berlin.

Hoffmann weiter: „Bereits 2005 hatten SPD und CDU/CSU sich auf Einhaltung der politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern bei gleichzeitiger Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU verständigt. Im Ergebnis wurde während der letzten Großen Koalition die Voranfrage Katars nach Leopard-II-Panzern und Panzerhaubitzen positiv beschieden. Die fatale Menschenrechtssituation in Katar ist bekannt. Wenn de Maizière und Steinmeier also jetzt verkünden, dass um des Schutzes der Interessen der Rüstungsindustrie Willen „bloße Voranfragen“ nicht zu den Genehmigungsentscheidungen gehören werden, die der Bundessicherheitsrat bekannt geben soll, dann heißt das im Klartext, dass die wirklich grausamen Geschäfte weiter im Geheimen bleiben werden. Wir brauchen aber eine wirkliche Umkehr in der Rüstungsexportpolitik, denn jede Waffe, die Deutschland nicht exportiert, rettet Leben. Zurzeit stirbt alle Viertelstunde ein Mensch an einer Kleinwaffe aus Deutschland. Nach diesem Koalitionsplan wird das auch so bleiben.“

„Die bisherigen Koalitionsvorschläge zum Rüstungsexport sind kleine kosmetische Korrekturen, aber keine grundlegende Kurskorrektur. Wir fordern die

Koalitionäre zu einer wirkungsvollen und damit ernstzunehmenden Wende in der Rüstungsexportpolitik auf. Der Endverbleib exportierter Kriegswaffen und sonstiger Rüstungsgüter muss regelmäßig überprüft werden und Endverbleibverletzungen sind im Sinne der politischen Grundsätze zum Rüstungsexport zu sanktionieren. Für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter dürfen keine Lizenzen vergeben und keine Hermes-Bürgschaften erteilt werden. Das wäre das Mindeste“, betont Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen und Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“.

„Insbesondere fordern wir, dass in folgenden drei Fällen keine „Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Staaten genehmigt und geliefert werden: Erstens in Länder, deren Menschenrechtssituation vom Bonn International Center for Conversion (BICC) und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International als „bedenklich“ oder „sehr bedenklich“ hinsichtlich des EU-Verhaltenskodexes eingestuft wird. Zweitens in solche Länder, die seitens der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als Empfänger offizieller Entwicklungshilfe gelten und drittens in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder in denen Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden könnten“, ergänzt Paul Russmann, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und Sprecher der ökumenischen Aktion „Ohne Rüstung Leben“.

Dieser Kommentar beruht auf folgenden Informationen aus der SPD-Pressestelle

Mehr Transparenz bei Rüstungsexporten:

In der gestrigen dritten Sitzung der Koalitionsarbeitsgruppe „Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik“ haben sich CDU/CSU und SPD auf einen gemeinsamen Textvorschlag zum Thema Rüstungsexporte für den Koalitionsvertrag verständigt. Der Textentwurf lautet: „Bei Rüstungsexportentscheidungen in sogenannte Drittstaaten gelten die im Jahr 2000 beschlossenen strengen „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“, die für unser Regierungshandeln verbindlich sind. Über ihre abschließenden Genehmigungsentscheidungen im Bundessicherheitsrat wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag unverzüglich unterrichten. Die Entscheidung darüber, wem gegenüber die Unterrichtung erfolgt, liegt beim Deutschen Bundestag. Darüber hinaus werden wir die Transparenz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit durch Vorlage des jährlichen Rüstungsexportberichtes noch vor der Sommerpause des Folgejahres und eines zusätzlichen Zwischenberichts verbessern. Wir setzen uns für eine Angleichung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU ein. Europäische Harmonisierungen müssen so umgesetzt werden, dass sie die Mindestanforderungen des Gemeinsamen Standpunkts der EU aus dem Jahr 2008 nicht unterschreiten.“

Dazu erklären die Arbeitsgruppenleiter Frank Walter Steinmeier und Thomas de Maizière:

„Wir haben das Thema Rüstungsexporte in unserer Arbeitsgruppe und auch in der Großen Runde sehr intensiv diskutiert. Dabei ist es uns gelungen, in dieser auch in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Frage zu einem wichtigen Kompromiss zu kommen. Beide Verhandlungsseiten haben sich deutlich aufeinander zu bewegt. Wir unterstreichen, dass für unser Regierungshandeln die Grundsätze aus dem Jahr 2000 verbindlich sind. Künftig wird es bei Rüstungsexporten außerdem deutlich mehr Transparenz und demokratische Kontrolle geben. Bisher wurden Rüstungsexporte mit großer zeitlicher Verzögerung im Rüstungsexportbericht öffentlich gemacht. Künftig werden Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates dem Deutschen Bundestag und damit auch der Öffentlichkeit unmittelbar bekanntgegeben. Mit Blick auf die schutzwürdigen Interessen Dritter sind bloße Voranfragen davon nicht betroffen. Auch der Rüstungsexportbericht wird deutlich aktueller gestaltet und künftig zweimal im Jahr vorgelegt.“

Pressemitteilung der Aktion Aufschrei
vom 07.11.2013



Freiburg / Stuttgart / Berlin vom 20. November 2013

Scharfe Kritik am Rüstungsexportbericht 2012

„Verdoppelung der Kleinwaffenexporte bedeutet massive Beihilfe zu Massenmord“

„Kriegswaffen für Saudi-Arabien sind aktiver Beitrag zur Christenverfolgung“

Mit äußerst scharfer Kritik kommentiert die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ den Rüstungsexportbericht 2012 der Bundesregierung.

„Qualitativ dokumentiert dieser Bericht eine massive Form der Beihilfe zu Massenmord mit deutschen Pistolen, Maschinenpistolen, Sturm- und Maschinengewehren“, erklärt Jürgen Grässlin, Sprecher der Aufschrei-Kampagne und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK). „Die Verdoppelung dieser Kleinwaffenexporte auf 76,15 Mio. Euro ist schlichtweg erschreckend. Sie gibt menschenrechtsverletzenden Repressoren und kriegführenden Militärs in aller Welt die Mordwerkzeuge zur Unterdrückung der Demokratiebewegungen an die Hand“, so Grässlin. „Die christlich-liberale Regierungskoalition unter Führung von Angela Merkel hat somit skrupellos Scheindemokraten und Diktatoren mit Waffenlieferungen an der Macht gehalten und die Eskalation von Kriegen und Bürgerkriegen befördert.“

„Nur auf den ersten Blick scheint die Bundesregierung den Waffenhandel quantitativ zurückzufahren. De facto aber dokumentiert der Rüstungsexportbericht 2012 eine weitere Steigerung der Waffenhandelsgenehmigungen auf einen neuen Höchstwert“, kritisiert Paul Russmann, Sprecher der Aufschrei-Kampagne und Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben (ORL). „Denn der Gesamtwert der Exportgenehmigungen von

8,87 Mrd. Euro ist real höher als je zuvor.“ Russmann verweist darauf, dass der Wert des Vorjahres für Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen in Höhe von 10,8 Mrd. Euro mit einer einmaligen Computerumstellung im Bundesausfuhramt (BAFA) entschuldigt worden war. „Am dramatischsten sind die Rüstungslieferungen an die neue Top 1 Saudi-Arabien. Denn das menschenrechtsverletzende Königshaus in Riad rangiert beim Christenverfolgungsindex 2013 nach Nordkorea weltweit auf Platz 2.“ Aus ethischer und moralischer Sicht „sind derlei Waffentransfers zutiefst verwerflich“, so Russmann.

„Mit ihren Rüstungsexporten hat die vergangene Bundesregierung Öl ins Feuer der Konfliktaustragung in aller Welt gegossen. Die kommende Bundesregierung muss dem menschenverachtenden Waffenhandel endlich Einhalt gebieten“, sagt Harald Hellstern, Mitglied in der Rüstungsexportkommission der Deutschen Sektion von pax christi. Hellstern fordert im Namen der Aufschrei-Kampagne einen grundsätzlichen Stopp aller Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern, der in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes festgeschrieben werden müsse.



Weitermachen gegen Rüstungsexporte --- Postkarte an Sigmar Gabriel!

Auch, oder gerade weil der Koalitionsvertrag mehr als ernüchternd ist und wir nicht auf schnelle Fortschritte hoffen können, bitten wir euch, die der TAUBE beigefügte Postkarte an Sigmar Gabriel zu schicken. Paul Russmann von OHNE RÜSTUNG LEBEN, unserem Kooperationspartner bei der Aktion Aufschrei, schreibt dazu:

Deutschland dient dem Frieden in der Welt, heißt es im Grundgesetz. Doch als weltweit drittgrößter Kriegswaffenexporteur trägt Deutschland „zu der Nichtfriedfertigkeit der ganzen Welt bei, und zwar in einem unerhörten Ausmaß“ (Altkanzler Helmut Schmidt im Dezember 2012).

Die aktuellen Zahlen belegen: Im Jahr 2012 wurden 59 Prozent aller Kriegswaffen an Staaten außerhalb der NATO und der EU exportiert. Gleichzeitig hat sich der Wert der Exportgenehmigungen für Kleinwaffen an Drittländer mehr als verdoppelt. Wir befürchten, dass unter einer CDU/SPD Regierung der Waffenhandel ungebremst weitergeht.

Den SPD-Mitgliedern, die sich für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen, wollen wir jetzt den Rücken stärken. Fordern Sie mit uns von Sigmar Gabriel und der SPD, sich für ein grundsätzliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und Rüstungsgütern einzusetzen. Damit Frieden von Deutschland ausgeht.

Buchbesprechung: **Jürgen Todenhöfer, Du sollst nicht töten.** **Mein Traum vom Frieden, 2013**

J. Todenhöfer, Jahrgang 1940, zuerst Richter, dann 20 Jahre lang Mandatsträger im Bundestag und als solcher zeitweilig entwicklungs-, dann abrüstungspolitischer Sprecher der CDU, schließlich Medien-Manager und Reisender in Krisengebieten, besonders im Nahen Osten, sowie Buchautor. Seine Bücher sind Zeugen für einen Seitenwechsel vom zunächst rechtskonservativen Politiker zum Anwalt der Rechte von Krieg betroffener Menschen.

Dieser Wandel vollzog sich in einer Reihe von Jahren unter dem Einfluss von Reisen zu Kriegsschauplätzen und Orten gewaltsamer revolutionärer Auseinandersetzungen. So bereiste er die Länder Nordafrikas, den Nahen Osten und Afghanistan, immer wieder und stets neu Kontakt suchend zu den verschiedenen Akteuren der Ereignisse und besonders den passiv Beteiligten, den Opfern von Gewalt und Mord.

Todenhöfers Bücher belegen in eindrucksvollen Reportagen, was Krieg bedeutet: Zerstörung, Mord, Plünderung, Vergewaltigung. Statt Frieden zu schaffen bewirkt Krieg eine Brutalisierung und Enthemmung aller Beteiligten. Er entartet regelmäßig zum rechtsfreien Raum, in dem die Gesetze und Regeln, die unser Zusammenleben ermöglichen, nicht mehr gelten, Rechtsbrüche schlimmster Art sogar belohnt werden können. Den Krieg, „aus der Verantwortung zu schützen“ (Responsibility to Protect), gibt es nicht, weil selbst begrenzte militärische Einsätze Unbeteiligte im Umfeld - in der Regel öffentlich nicht Vorkommende- ebenfalls treffen. Todenhöfers Schilderungen entlarven Kriegsparolen als Lügen zur Verdeckung geheimer Interessen, insbesondere der Großmacht USA und ihrer Verbündeten in der NATO. Die Schilderungen von Begegnungen

mit Menschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen und weit auseinander liegenden Ländern – besonders moslemischen Glaubens-öffnen einen Spalt weit den Blick auf eine uns weithin unbekannt Welt, über die sich in unserem öffentlichen Diskurs viele Verzeichnungen finden.

„Du sollst nicht töten“ bewegt sich im Rahmen der vorherigen Veröffentlichungen und schreibt die dort berichteten Ereignisse fort.

Dieses letzte Buch Todenhöfers enthält Reportagen von insgesamt sieben Monate dauernden Reisen zwischen 2011 und 2013 in die meisten gegenwärtig von kriegerischen Auseinandersetzungen betroffenen oder bedrohten Länder: Ägypten, Libyen, Syrien, Afghanistan, Gaza, Persien – alle sind ihm von früheren Aufenthalten her nicht unbekannt, so dass er zahlreiche Kontakte wieder aufnehmen und auch Wege zu neuen aktuellen finden kann. Seine Gewohnheit, selbst lebensbedrohliche Plätze und gefährliche Fahrten nicht auszulassen, verschaffen ihm außerdem Einblicke in die Verhältnisse vor Ort, die außer ihm wohl nur wenige andere Reisende von dort vermitteln können. Zahlreiche Gesprächspartner beherrschen eine europäische Sprache, er selber Anfängerarabisch, für Übriges ist stets

ein Dolmetscher vorhanden. Ein professioneller Fotograf und mindestens ein Einheimischer als Begleiter oder Führer sind jeweils Teil der Gruppe. Die Ereignisse des Tages werden an jedem Abend, gelegentlich auch noch in der Nacht, protokolliert, von ihm selbst und meist zweien seiner Begleiter. So gewinnt der Leser ein Bild von der Zuverlässigkeit des Berichteten.

Die Darstellung insgesamt besticht durch die Fülle sonst in Deutschland kaum zugänglicher Informationen über entfernte Kriegereignisse, die uns als Land und wohl auch als einzelne direkt oder indirekt angehen, ergänzt oder bestätigt Gewusstes, korrigiert allgemein verbreitete Vorstellungen und entlarvt uninformiertes Reden und Urteilen. Es passt, wie ich meine, außerordentlich gut zur Diskussion um die Auslandseinsätze der Bundeswehr, in der das bei jedem Waffeneinsatz verursachte Leid allenfalls als verharmlosender „Kollateralschaden“ vorkommt.

Zum Schluss seien als Kostprobe – wegen der Vorgaben zur Artikellänge in äußerster Knappheit- Einzelheiten von einem Afghanistan-Besuch hinzugefügt: Todenhöfer ist mit Führer und Jeep auf dem Weg zu einem geheimen Treffen mit einem Taliban-Führer in einer kaum zugänglichen Bergregion: Sie holpern auf einer mit EU-Geldern bezahlten und von Militärfahrzeugen fast unpassierbar gemachten Straße vorwärts, an deren Rand immer wieder von Russen oder Amerikanern zerbombte Dörfer und Gehöfte auftauchen.. Dorfbewohner, noch immer verstört und wie fassungslos, erzählen von plötzlichen tagelangen

Dauerbombardements in ihrer Umgebung und einem Tieffliegerangriff mit Raketen auf das eigene Dorf – es war September 2011, ein Datum, das in den entlegenen afghanischen Dörfern unbekannt ist. Ein Kind, angesprochen, das, wie viele damals, beide Eltern verloren hat, sagt: Ich würde gerne den König von Amerika fragen: Was haben wir dir getan?

Der Taliban-Führer nennt Todenhöfer „Freund“, weil der seinem Vater ehemals Medikamente in die Berge geliefert hatte. Er hört, dass es verschiedene Gruppierungen von Taliban gebe: von der Bevölkerung unterstützte und nach der Erfahrung amerikanischer Brutalität gegen Unbeteiligte zum aktiven Widerstand Übergegangene, ganz und gar arme Kämpfer; die rücksichtslosen und auch Zivilisten nicht achtenden pakistanischen und die von den USA gekauften. Dann gebe es noch eine etwa 100 Mann starke, mit viel Geld versehene ausländische Truppe, die sich zu „Al-Qaida“ zähle. Selbstmordattentate seien für einen Moslem ein großes Problem, aber sei ein Bombardement aus 1000 Meter Höhe gerechter als das einzige wirksame Mittel armer Kämpfer? Kein Afghane glaube, dass die Amerikaner den Afghanen Freiheit und Demokratie bringen würden.

Die Schilderung dieser Episode im Einzelnen wie die genaue und eindringliche Darstellung im gesamten Buch lehren sehen, dass die Vorstellungen über die NATO-die Kriege der letzten Jahre, die in Medien und Politik vorherrschen, Ergänzungen und Korrekturen benötigen.

Inge de Caérle

Diözesanversammlung 2014

Liebe Mitglieder von pax christi im Bistum Essen,

normalerweise halten wir unsere DV im März ab und Ihr erhaltet die Einladung Ende Januar. In diesem Jahr findet sie aber erst im Mai statt: nämlich am **18.5.2014**.

Dies hat der Vorstand so überlegt, weil Gabriele Wulfers dann von ihrem dreimonatigen Einsatz im Rahmen des EAPPI Programms (Ökumenisches Begleitprogramm in Palästina und Israel) zurückgekehrt sein wird und von ihrer Arbeit, ihren Eindrücken und Erfahrungen in der Westbank berichten kann.

Thema des inhaltlichen Teils:

„Es ist unglaublich, was geschieht, und alle schauen zu, gleichgültig und mutlos.“
(Sumaya Farhat Naser)

Herzliche Einladung dazu schon jetzt!

Termine

Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“

15. März, 14. Juni, 20. September, 15. November

Im Anschluss laden wir zum Zusammentreffen ein.

*Alle Gottesdienste (Hl. Messe) finden um 18 Uhr in der Pax Christi Kirche,
An St. Albertus Magnus 45, 45136 Essen-Bergerhausen, statt.*

Veranstaltungen des Essener Friedensforums in Kooperation mit der VHS

15.1.2014, 19 Uhr, VHS, Burgplatz 1, 45127 Essen, Vortrag und Diskussion

„Kriegsführung“ der NATO im 21. Jahrhundert – der Krieg, der aus dem Netz kommt

Referent: Bernhard Trautvetter

Die neuen Technologien revolutionieren den Krieg ähnlich massiv, wie sie die Welt der Arbeit komplett umwälzen. Militärsatelliten, Hightech-Flugobjekte mit und ohne Piloten, Raketen und Internet sind Elemente moderner Kriegsführung (warfare), an deren vernetzter Anwendung die NATO heute schon, auch in unserem Bundesland, ernsthaft übt. Menschliche Entscheidungen gehören immer mehr der Vergangenheit an. Tötungen Unbeteiligter, unerklärte Kriege und völkerrechtswidrige Überfälle sind nicht die einzige Konsequenz von Krieg 3.0.

19.2.2014, 19 Uhr, VHS, Burgplatz 1, 45127 Essen, Vortrag und Diskussion

"Medien und Kriegsberichterstattung" mit Prof. Dr. Jörg Becker

Auch diese Termine gibt es:

Dienstag, 28.1.2014, 19.30-21.30 Uhr, Stadtbücherei Lüdenscheid, Graf-Engelbert-Platz 6
Kosten: 7 EUR, VA: VHS Lüdenscheid, Weltladen

Lesung "Schwarzbuch Waffenhandel." – Wie Deutschland am Krieg verdient
mit Jürgen Grässlin

Kontakt: VHS Lüdenscheid, Alte Rathausstr. 1, 58511 Lüdenscheid, Tel.: 02351 17-1449

E-Mail: volkshochschule(at)luedenscheid(Punkt)de

Internet: <http://www.vhs-luedenscheid.de>

30. April - 4. Mai 2014 (Mi - So), Mainz

Ökumenische Versammlung

"Die Zukunft, die wir meinen. Leben statt Zerstörung"

www.oev2014.de

29. April – 10. Mai 2014

Begegnungsfahrt Palästina/Israel

IPPNW und pax christi

Anmeldung bis 31. Januar 2014 bei Norbert Richter